



Universität zu Köln • Gronewaldstr. 2 • 50931 Köln

Humanwissenschaftliche
Fakultät

Department Erziehungs- und
Sozialwissenschaften

Politikwissenschaft, Bildungspolitik
und politische Bildung

Prof. Dr. Gudrun Hentges

Telefon +49 221 470 -6144
gudrun.hentges@uni-koeln.de
www.hf.uni-koeln.de/30554

Köln, 19.11.2018

**Prof. Dr. Gudrun Hentges, Universität zu Köln und
Dr. Naif Bezwani, Universität Innsbruck**

Verdrängung, Diskriminierung und Bedrohung religiöser Minderheiten stellen eine Verletzung des elementaren Menschenrechts auf Religionsfreiheit dar. Wo sehen Sie weltweit dieses Menschenrecht am stärksten bedroht und wo liegen hierfür jeweils Gründe und Ursachen? (CDU / CSU)

Die wissenschaftlichen Recherchen weisen auf einen eindeutigen Befund hin: Überall, wo autoritäre Regime und Regierungen herrschen, wo autoritäre, rassistische, antisemitische und religiös-fundamentalistische Bewegungen und Formationen stark sind, werden Menschenrechte verletzt, Minderheiten diskriminiert und verfolgt. In diesem Kontext entsteht ein Klima der gesellschaftlichen Verunsicherung und Angst, dieses führt zu jenen Gefühlen und Verhaltensweisen, die das humane Zusammenleben der Menschen ebenso gefährden wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das Fehlen von rechtsstaatlichen Garantien und international anerkannten menschenrechtlichen Schutzmechanismen - sowie der Aufstieg von Bewegungen und Parteien der extremen Rechten (oder des sog. Rechtspopulismus) - gehören zu den

Gronewaldstr. 2
50931 Köln
Telefon +49 221 470-0 (Zentrale)
Telefax +49 221 470-5151

wesentlichen Ursachen und Bedingungsfaktoren für Diskriminierung und Bedrohungen von Minderheiten.

Wie wird die gesellschaftliche Vielfalt und Gleichberechtigung von Geschlecht und Religion, die hierzulande stark propagiert wird, in islamischen Ländern umgesetzt?
(AfD)

Es wäre in der Tat eine durchaus schlechte Nachricht, wenn die "gesellschaftliche Vielfalt und Gleichberechtigung von Geschlecht und Religion" hierzulande nur 'propagiert' werden würde. Jenseits eines rein rhetorischen Bekenntnisses bzw. jenseits der "Propaganda" müssen gesellschaftliche Vielfalt und Gleichberechtigung in einer offenen, demokratischen und toleranten Gesellschaft umgesetzt und realisiert werden. Einer Missachtung von Diversität und Gleichberechtigung in jenen Ländern, in denen autoritäre Regime vorherrschen, muss entschlossen begegnet werden.

Dies gilt auch für politische Strategien, die darauf abzielen, auf die 'Fehler der anderen' zu verweisen, um die eigenen Fehler zu legitimieren. Wenn z. B. ein Staat oder eine Regierung auf die Menschenrechtsverletzung / Diskriminierung von Minderheiten in anderen Staaten rekurriert, um die eigene politische Praxis der Menschenrechtsverletzung / Diskriminierung von Minderheiten zu legitimieren. Dies gilt auch für jene Konstellationen, in denen eine Regierung auf die Missachtung von Frauenrechten in anderen Ländern oder in anderen Regionen der Welt verweist, um - daraus ableitend - zu behaupten, dass es einer Debatte im eigenen Land über die Themen Gleichberechtigung der Geschlechter und gender mainstreaming nicht bedarf.

Die (scheinbare) Kritik an der schlechten Lage der Menschen-, Minderheiten- und Frauenrechte z. B. in islamischen Ländern wird häufig herangezogen, um eine Kritik aus menschenrechtlicher Perspektive, die sich auf Deutschland oder andere EU-Staaten bezieht, zu diskreditieren - mit Verweis darauf, dass es in anderen - islamischen - Ländern weitaus schlimmer sei und demnach eine Kritik aus menschenrechtlicher Perspektive übertrieben und unbegründet sei.

Analyse der Ursachen

Warum gibt es in christlichen Ländern das Phänomen, dass Moscheen gebaut werden, während in Ländern wie der Türkei der Neubau von Kirchen strikt verboten ist? (AfD)

Der Versuch, die Intoleranz, Missachtung und Verfolgung von Vielfalt und Pluralität von Lebensweisen einer bestimmten Religion oder einem bestimmten Kulturkreis zuzuschreiben, dient letztlich dazu, Menschengruppen wegen ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit pauschal zu verdächtigen und auszuschließen. Die Intoleranz mit wesensmäßigen und unveränderlichen Zuschreibungen zu erklären, stellt ein an sich zutiefst intolerantes und höchst problematisches Verhalten dar. Auch hier entsteht der berechtigte Eindruck, dass die scheinbare Kritik eines intoleranten und menschenunwürdigen Verhaltens vorgeschoben wird, um nicht eine schlüssige Position zur Religionsfreiheit, gegen Intoleranz und Verfolgung von religiösen Minderheiten zu begründen, sondern im Gegenteil: die Hemmschwelle zur Intoleranz abzubauen. Es muss um Gerechtigkeit gehen und nicht um Selbstgerechtigkeit.

In welcher Weise beeinflussen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung das Leben von Minderheiten (u. a. Muslime, People of Color, Juden) in Deutschland und Europa (Die Linke).

Diese drei Ideologien stellen sowohl historisch als auch in der Gegenwart wesentliche Ursachen für die Verfolgung, Vertreibung und Ermordung von Minderheiten und Andersdenkenden dar. Das Erstarken von diesen Ideologien sowie jenen Bewegungen, Parteien und Regimeformationen, die von diesen Ideologien beeinflusst und getragen werden, gefährden die Demokratie, die demokratischen Errungenschaften und die Grundlagen für das Zusammenleben und Zusammenwachsen.

Welche Rolle spielen dabei Formierungen, Bewegungen, Parteien, die am rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln sind und die von ihnen geprägten Diskurse? (Die Linke)

Die Studien zeigen, dass solche Gruppierungen eine wesentliche Rolle bei der Gefährdung eines demokratischen und gleichberechtigten Zusammenlebens spielen, indem sie die Hemmschwelle zur Diskriminierung abbauen, die Institutionen und Werte, die für ein demokratisches Gemeinwesen von unverzichtbarer Bedeutung sind, systematisch angreifen, durch ihre Demagogie und rhetorischen Strategien ein Klima des Misstrauens, der Hetze und Verunsicherung fördern, Vorteile schüren und Diskriminierungen normalisieren.¹

Welche systematischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Ursachen führen zu Verdrängung von Völkern weltweit? (Bündnis 90 Die Grünen)

Das Fehlen von gemeinwohlorientierten, gerechten und nachhaltigen Politiken haben fatale Konsequenzen sowohl für die Natur als auch für das gesellschaftliche Leben. Mit anderen Worten: Ausbeutung, Ungleichheit, Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung gehören zu den wesentlichen Ursachen von Flucht und Verfolgung. Die Ausbeutung und Ungleichheiten führen zu ungerechten Verhältnissen. Deren Aufrechterhaltung ihrerseits zwingt den Gebrauch von Unterdrückungsmechanismen und alle zusammen münden in die Plünderung von knappen Ressourcen und in die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Ökosystemen.

Wie häufig sind Rassismus und ethnisch konnotierte Vorstellungen Ursache von Verdrängung und Diskriminierung wie bspw. Islamfeindlichkeit weltweit? (Bündnis 90 Die Grünen)

Rassismus und ethnisch konnotierte Vorstellungen verursachen weltweit Verdrängung und Diskriminierung. Weltweit machen soziale Gruppen die Erfahrung, dass ihren aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft Eigenschaften und Charaktermerkmale zugeschrieben werden. Dieser Prozess der Zuschreibung vermeintlich natürlicher Eigenschaften dient immer wieder der Legitimation von Exklusion, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus.

¹ Vgl. Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges / Gerd Wiegel: Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda, Frankfurt am Main 2018

Seit einigen Jahren manifestiert sich der biologistische Rassismus jedoch eher im Sinne eines kulturalistischen bzw. im Sinne eines differentialistischen Rassismus. Solche Ideologien wie z.B. der Ethnopluralismus (Henning Eichberg, Alain de Benoist) argumentieren essentialistisch und gehen von der Prämisse aus, dass jede Vermischung von Ethnien oder Kulturen zu bekämpfen sei. Folglich treten sie faktisch für einen Apartheidstaat ein, der das Ziel hat, eine ethnische Homogenität zu erreichen. Prominent vertreten werden solche Positionen derzeit u.a. von der Identitären Bewegung.

Zu dem Thema Diskriminierung / Verdrängung liegen zahlreiche Studien vor. So z. B. der Bericht „Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen“, verfasst vom Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus (2017), der Bericht „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“, u.a. verfasst von Andreas Zick und Julia Bernstein (2017), Berichte der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Amadeu-Antonio-Stiftung oder der Grundrechtebericht 2018, publiziert von der Fundamental Rights Agency. Diese Berichte lassen deutlich werden, dass Ideologien der Ungleichheit wie Rassismus, Antisemitismus und völkischer Nationalismus in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind und dass es dringend einer politischen Strategie bedarf, um diese menschenfeindlichen Ideologien zu bekämpfen.

So heißt es etwa in dem Grundrechtebericht 2018: "Trotz des starken Rechtsrahmens durch die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (2000/43/EG) zeigen die Ergebnisse aus EU-MIDIS II und anderen Untersuchungen, dass ein erheblicher Anteil an Immigrantinnen und Immigranten sowie ethnischen Minderheiten einen hohen Grad an Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder ihres Migrationshintergrunds sowie aufgrund möglicherweise damit zusammenhängender Merkmale wie Hautfarbe und Religion erfahren. Die Ergebnisse zeigen nur wenig Fortschritte im Vergleich zur Situation vor acht Jahren, als die erste EU-MIDIS-Befragung durchgeführt wurde; der Anteil derjenigen, die solche Diskriminierungen erfahren, bleibt weiterhin auf einem besorgniserregenden Niveau. Es ist vor allem auffallend, dass den meisten Befragten keine Organisationen zur

Unterstützung und Beratung von Diskriminierungsopfern bekannt ist, und dass die Mehrheit keine Gleichbehandlungsstelle kennt."

Strategien und Maßnahmen

Die zunehmende Migration nach Europa stellt auch den Zusammenhalt der Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Wie können Religionsgemeinschaften dazu beitragen, diesen Zusammenhalt zu fördern? (CDU CSU)

Im Rahmen der Zivilgesellschaft können auch *Religionsgemeinschaften dazu beitreten, diesen Zusammenhalt zu fördern*. In den letzten Jahren kam es in verschiedenen Städten und Regionen z.B. zum interreligiösen Dialog.

Gefördert werden Projekte eines christlich-islamischen Dialogs auch durch die Bundesregierung, z. B. durch Dialogseminare für Imame, durch die Unterstützung des Koordinierungsrates des christlich-islamischen Dialogs und auch der Muslimischen Akademie. Erwähnenswert ist auch die Christlich-Muslimische Friedensinitiative, getragen u.a. vom Deutschen Städtetag und dem Koordinierungsrat des christlich-islamischen Dialogs.

Unter dem Vorzeichen eines interreligiösen Dialogs arbeiten auch Schulen wie z. B. die Drei Religionen Schule / Johannisgrundschule in Osnabrück oder das Projekt "House of One" in Berlin, welches sich derzeit noch im Aufbau befindet. Das Projekt will unter einem Dach eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee vereinen. So mit sollen Juden, Christen und Muslime in einem einzigen Gebäude beten können, sie sollen die Möglichkeit haben, sich unter einem Dach kennen zu lernen, um auch ihre religiösen Ansichten austauschen zu können. Dieses 'House of One' richtet sich auch an jene Menschen, die einer Religion eher fernstehen.

Müssen insbesondere die Rechte von Individuen oder von Kollektiven geschützt werden? (SPD)

Im Kontext einer demokratisch verfassten Migrationsgesellschaft soll es immer darum gehen, die gesellschaftliche und politische Einbeziehung von Migranten und Migrantinnen durch die Gleichstellung und Partizipation zu verstärken sowie die Hürden abzubauen, die einer vollen Teilhabe entgegenstehen. Dazu gehören Politi-

ken der 'affirmative action' und diversity, die das Ziel haben, den Zugewanderten die Chancengleichheit und einen gerechten Zugang zu allen Bereichen des Lebens zu gewährleisten. Die gesellschaftlichen und politischen Maßnahmen, die zur Gleichstellung und Gleichberechtigung erforderlich sind – und die hierzulande auch fehlen –, begründen jedoch keine kollektiven Minderheitenrechte, wie sie etwa für die autochthonen Völker nach internationalem Recht vorgesehen sind. Im Kontext von Migrationsgesellschaften haben die Rechte individuellen Charakter, die selbstverständlich „in community with others“ wahrgenommen werden können.

Nach welchen Kriterien sollen Minderheiten unseren Schutz erhalten? (SDP)

In Übereinstimmung mit dem internationalen und dem nationalen Recht sollten Minderheiten unseren Schutz erhalten. Zu erwähnen ist hier der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte (19.12.1966). Mit diesem Pakt werden die Rechte ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten geschützt. Von Bedeutung ist auch die 'Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities', eine Kommission, die die Deklaration über die Rechte von Minderheiten erarbeitet hat. Folgt man dieser Deklaration, so sind die Staaten dazu verpflichtet, die Identität von nationalen oder ethnischen, kulturellen, religiösen und sprachlichen Minderheiten sicherzustellen. Dazu zählt neben dem freien Gebrauch ihrer Sprache im privaten Bereich und in der Öffentlichkeit auch eine Beteiligung an jenen politischen Entscheidungen, die sie betreffen. Relevant ist auch die Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker vom 13.9.2007.

In Europa ist der Minderheitenschutz in Verfassungen und in internationalen Verträgen festgeschrieben. Minderheiten werden nicht als Gruppen mit eigenen Rechten anerkannt. Die Verfassungen und internationalen Verträge basieren nicht auf dem Volksgruppenrecht, sondern auf dem Individualrecht - aus unserer Sicht ein angemessenes Kriterium zum Schutz von Minderheiten.²

² Vgl. Gudrun Hentges: Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Österreich, in: Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges (Hg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik [Schriften für

Welchen Stellenwert messen Sie Mitteln der Völkerverständigung als Präventionsmaßnahme zur Verringerung von Bedrohungslagen gegenüber bedrohten Völkern bei? (FDP)

Völkerverständigung, Kultauraustausch, internationaler und interkultureller Dialog sind aus unserer Sicht zentrale Instrumente, um einer Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten vorzubeugen. In Bezug auf Jugendliche und junge Erwachsene betrifft dies Schüler_innenaustauch, Jugendaustausch oder Studierendenaustausch. Schulen, Betriebe, Hochschulen und Universitäten sollten unterschiedliche Formate des Jugendaustausches unterstützen, seien es Formate der Völkerverständigung, des Kultauraustausches, des internationalen und interkulturellen Dialogs *innerhalb* nationalstaatlicher Grenzen oder seien es Formate, bei denen Auslandsaufenthalte und Austauschprogramme von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen gefördert werden.

Diese internationalen und interkulturellen Dialoge - bilateral oder trilateral - führen dazu, dass junge Menschen dazu in die Lage versetzt werden, ihr Wissen und ihren Horizont zu erweitern und ggf. auch die Gelegenheit haben, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Vermeintliche Gewissheiten werden in Frage gestellt, indem die jungen Erwachsenen gleichaltrige peers mit anderen Erfahrungen und Biographien kennen lernen. Somit können die Teilnehmer_innen von solchen Austauschprogrammen ihre eigenen Perspektiven relativieren, überdenken und evtl. auch in Frage stellen.

In die Zukunft gedacht können aus diesen transnationalen / internationalen Begegnungen auch Freundschaften entstehen, die perspektivisch dazu führen, dass interkulturelle und / oder internationale Netzwerke entstehen (z.B. durch die Weitergabe dieser Kompetenzen und durch den Aufbau von Schulnetzwerken durch Lehrer_innen oder andere Multiplikator_innen).

Erwähnen möchte ich jedoch an dieser Stelle, dass ich als Hochschullehrerin immer wieder die Erfahrung gemacht habe, dass es äußerst schwierig ist, Mittel für eine Finanzierung von studentischen Exkursionen und Austauschprogrammen zu akquirieren - eine Erfahrung, die sich vor allem auf deutsch-israelische Austauschprogramme bezieht. Während das Programm ConAct (Koordinierungszentrum deutsch-israelischer Jugendaustausch), u.a. gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den deutsch-israelischen Jugendaustausch fördert, existiert kein Pendant für den deutsch-israelischen Austausch von Studierenden. Dies ist m.E. sehr bedauerlich, da deutsch-israelische Beziehungen nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Studierende relevant sind, auch vor dem Hintergrund einer Zunahme von antisemitischen Verlautbarungen und antisemitisch motivierter Gewalt.

Welche Rolle können dabei insbesondere Dialogprozesse spielen? Welche Positivbeispiele würden Sie in diesem Zusammenhang als nachahmenswert bezeichnen? (FDP)

Dialogprozesse spielen aus unserer Sicht eine wichtige Rolle, denn dialogische und partizipatorische Kommunikationsmöglichkeiten und Prozesse können einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es darum geht, gesellschaftliche Konflikte zu lösen.

Im internationalen Kontext können wir auf das Konzept der 'Transitional Justice' verweisen. Ausgehend von diesem Konzept wurden zunächst in Südafrika nach dem Ende der Apartheid - auf Initiative des ANC - Wahrheits- und Versöhnungskommissionen eingerichtet. Diese Kommissionen verfolgten das Ziel, Verbrechen von Angehörigen aller gesellschaftlichen Gruppen - jenseits der Hautfarbe - aufzuklären. Solche Wahrheits- und Versöhnungskommissionen wurde auch in Chile (Bolivien, Argentinien u.a.) eingerichtet - mit dem Ziel einer nationalen Versöhnung.

Auch die kanadische Regierung richtete eine Truth and Reconciliation Commission of Canada (TCR) ein. Diese hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die "Politik des kulturellen Genozids" an den Ureinwohnern Kanadas aufzuarbeiten. Die Arbeit der kanadischen Wahrheitskommission basierte auf ca. 6.750 Zeugenaussagen von Überlebenden und weiteren Experten. Der Abschlussbericht wurde 2015 veröffentlicht.

Jenseits der Transitional Justice und der Wahrheitskommissionen können auch Bürgerforen auf Landes- und Bundesebene ein geeignetes Instrument sein, um Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess einzubeziehen und deren politische Teilhabe zu stärken. Bürgerinnen und Bürger sollten selbst die Agenda bestimmen können, die Foren sollten öffentlich sein und unter Beteiligung von politischen Entscheidungsträgern.
